

Wie die Schweizer Frauen reagieren

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **26 (1970)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-845434>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

panz zwischen Männern und Frauen auf. Bei weiblichen Personen wird durchschnittlich ein um ein Drittel gekürztes Jahreseinkommen gegenüber jenem der männlichen Invaliden festgesetzt. Man sollte die zuständigen Instanzen anfragen, auf Grund welcher Annahmen diese Schlechterstellung der weiblichen massgebenden Jahresverdienste erfolgt.

Wie die Schweizer Frauen reagieren

Die Stellung der Frau in Familie, Beruf und Gesellschaft ist Gegenstand einer grösseren soziologischen Untersuchung. Die Schlussfolgerungen der dreiteiligen Studie, die mit einem Budget von 300 000 Franken bewältigt werden soll, werden von der

nationalen Unesco-Kommission

Anfang 1972 erwartet.

Die politische Unmündigkeit der Schweizer Frau sei nur ein Teilaspekt der sozialen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, betonte Frau Bugnion-Secretan, Präsidentin der von der Unesco-Kommission gebildeten kleinen Arbeitsgruppe. Eine «möglichst umfassende Beschreibung der Stellung der Frau in Familie, Beschäftigungsstruktur und Bildungssystem» soll lediglich den Ausgangspunkt bilden für die Erforschung der Art und Weise, wie die Schweizer Frauen in verschiedenen Situationen reagieren. Die «Anpassung an geschlechtsspezifische Spannungssituatio-

nen» kann nämlich, so wurde betont, in verstärkter «Emanzipation» oder aber, weitaus häufiger, in der «Verfestigung traditioneller Frauenbilder und Verhaltensmuster» geschehen. «Die Chancenungleichheit und die als unveränderlich hingegenommene Diskrimination führen in vielen Fällen dazu, dass sich die Frauen eine eigene ‚Frauenwelt‘ mit eigenen Werten aufbauen», erklärte Professor Heintz, Direktor des Soziologischen Instituts der Universität Zürich. Diese «Konfliktsublimation» führe häufig zu psychosomatischen Erscheinungen, die vorwiegend bei Frauen festzustellen seien.

Als eine der wichtigsten Ursachen sieht Heintz die

«Rollen- und Machtverteilung in der Familie».

Zusammen mit dem Einfluss der sozialen Umgebung und den individuellen Ursachen, nämlich der auf ein traditionelles «Frauenbild» ausgerichteten Erziehung (Sozialisierung), ist die Familienstruktur nach Ansicht von Frau Bugnion in erster Linie für die Chancenungleichheit verantwortlich. Heintz unterschied zwischen der «Ueberforderung» der berufstätigen Mutter, sofern ihre Mutterrolle der traditionellen Auffassung entspricht, und der «Unterbeanspruchung» vor allem in mittelständischen Familien mit keinen oder wenig Kindern, dem Phänomen der «grünen Witwen» also.

Abgeschlossen ist nach Angaben von Professor Heintz bereits die statistische Sekundärstudie aufgrund des vorhandenen Zahlenmaterials, die eine Beschreibung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Struktur erlaubt. Auf diesen Zahlen basiert das

Muster für die 4200 Personen — Frauen, Männer und Kinder — umfassende Hauptbefragung. Zu deren Vorbereitung werden zudem Intensivinterviews mit einer kleinen Auswahl von Personen über die persönliche Einstellung zur Frauenproblematik gemacht. Schliesslich sollen auch Lehrpläne und Schulbücher durch eine Inhaltsanalyse auf «geschlechtsspezifische Werte und Rollenunterschiede» geprüft werden.

Die Untersuchung ist nicht ausschliesslich auf die Schweiz ausgerichtet: sie wird Bestandteil einer weltweiten Untersuchung der Unesco über die Situation der Frau bilden. Die Arbeitsgruppe der schweizerischen Unesco-Kommission ist seit 1966 an der Arbeit und verfügt bereits über eine «Leitlinien-Studie» von zwei Westschweizer Soziologinnen. Eine erste, wenn auch weit weniger gründliche Untersuchung wurde vor einigen Monaten von der «Frauen-Befreiungs-Bewegung» (FBB) in Zürich veröffentlicht.

Eine Warnung

Auch in St. Gallen dämmert's, schrieben wir in der «Staatsbürgerin» 6/7, als in der Schlussabstimmung vor dem Rat der Nachtrag zur Kantonsverfassung, der das Frauenstimmrecht betrifft, mit 142 gegen 36 Stimmen passierte.

Die Volksabstimmung hat bei einer Stimmbeteiligung von 55 Prozent mit 24 129 Ja gegen 26 950 Nein jedoch uns Frauen das Stimmrecht verweigert. Ein trauriges Resultat!

Ein überparteiliches «Aktionskomitee gegen die Verpolitisierung der Frau» hatte sich gebildet, das sehr aktiv war und dem drei Kantonsräte angehörten, die wohl so

untüchtig sind, dass sie um ihre Sitze bangen mussten.

Die Lehre!

Aus diesen Tatsachen müssen wir die Lehre ziehen, dass wir keinesfalls hoffnungsselig die Hände in den Schoss legen dürfen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass der lächelnde Mann auf unserem Plakat dafür garantiert, dass die Mehrheit der Kantons-Zürcher lächelnd ein Ja in die Urne legen werden.

An die Arbeit!

Initiativkomitee für Frauenstimmrecht im Aargau

Unter dem Vorsitz von Grossrat Dr. Max Knecht, Wettingen, hat sich im Kanton Aargau ein Aktionskomitee für die Einführung des Frauenstimmrechts auf kantonaler Ebene konstituiert. Die kantonale Vorlage wird zusammen mit der eidgenössischen Volksabstimmung vom 7. Februar des kommenden Jahres den Aargauer Stimmbürgern unterbreitet.

Fernsehen

Report ARD vom 5. Oktober 1970

In Deutschland wurde eine neue Frauenpartei gegründet, die bereits 18 000 Mitglieder zählt. Sie will sich natürlich speziell für die Interessen der Frauen einsetzen, z. B. wünschen die Mitglieder, dass in der Bundesregierung 51% Frauen vertreten sein sollen, sie setzen sich ein für gleiche Arbeit, gleichen Lohn und für gleiche Renten für die Witwen.